

FDP-Fraktion Rottenburg  
Tobias Baur  
Schwärzlocher Weg 2  
72108 Rottenburg  
Tobias.Baur@yahoo.de

---

**Antrag 1 der FDP-Fraktion zum Verwaltungshaushalt 2006**  
**Einzelplan 9: Allgemeine Finanzwirtschaft, Seite 195, UA 9000**  
**Die FDP-Fraktion beantragt, dass die Grundsteuer B mit einem Hebesatz von 340 % festgesetzt wird.**

**Begründung**

Der Hebesatz wurde für das Haushaltsjahr 2005 auf 370 % erhöht. Die direkten Mehreinnahmen durch diese Maßnahme betragen dadurch über 300.000 €. Trotz Beschluss dieser den Bürger direkt belastenden Steuererhöhung, sah der Gemeinderat im Rahmen der letzten Haushaltsbeschlusses keine Veranlassung weitere Einsparungen auf der Ausgabenseite des Haushaltes vorzunehmen.

Diese Erhöhung der Grundsteuer wurde von der Stadtverwaltung mit dem dringenden Bedarf an Ersatzdeckungsmitteln begründet. Die Verwaltung machte damals glaubhaft, dieser Bedarf werde durch die Erhöhung der Kreisumlage entstehen.

Bald nach Verabschiedung des Haushaltes hat sich jedoch herausgestellt, dass diese bei weitem nicht soweit erhöht wurde wie von der Verwaltung eingeplant. Nach Informationen der FDP-Fraktion, war diese Tatsache schon beim Haushaltsbeschluss vorhersehbar.

Im Ergebnis werden durch geringere Kreisumlage i.H.. 400.000 € und aufgrund zusätzliche Einnahmen aus Gewerbesteuer nach aktuellem Stand entgegen der Planung im Jahre 2005 insgesamt ca. 2,5 Millionen Mehreinnahmen generiert. Es ist davon auszugehen, dass die Erhöhung der Grundsteuer vor diesem Hintergrund niemals beschlossen worden wäre. Die erhöhte Grundsteuer von 2005 ist damit nicht mehr gerechtfertigt.

Die FDP-Fraktion vertritt die Auffassung, dass aufgrund dieser veränderten Sachlage der unmittelbare Grund für die Erhöhung weggefallen ist und zwangsläufig eine Entlastung der Steuerzahler durch die Rückführung der Grundsteuer auf das Niveau von 2004 erfolgen muss.

**Antrag 2 der FDP-Fraktion zum Verwaltungshaushalt 2006****Einzelplan 9: Allgemeine Finanzwirtschaft, Seite 195, UA 9000**

**Die FDP-Fraktion beantragt für den Fall, dass der Hebesatz der Kreisumlage unter dem Haushaltsansatz von 43,38 % bleibt, den Differenzbetrag zum Haushaltsansatz für die Tilgung von Schulden zu verwenden.**

**Begründung:****Der Fall ist eingetreten.**

Bereits im letzten Jahr wurde der Haushalt 2005 auf Basis eines Hebesatzes von 43 % der Steuerkraftsumme beschlossen, obwohl der Kreistag im Anschluss einen Hebesatz von lediglich 41,95 % realisierte. Der Stadt Rottenburg standen hierdurch über ca. 300.000 € zusätzlich zur Verfügung.

Auch in diesem Jahr wurde der Haushaltsansatz mit 43,38 % von der Verwaltung zu hoch veranschlagt wurde. Dies hat zu einer Kostenersparnis für die Stadt Rottenburg von ca. 463.000 € geführt.

Diese durch Ausgabeneinsparung zur Verfügung stehenden Mittel sind vorrangig für die Reduzierung der Schuldenlast zu verwenden.

**Antrag 3 der FDP-Fraktion zum Verwaltungshaushalt 2006  
Einzelplan 9: Allgemeine Finanzwirtschaft, Seite 195, UA 9000**

**Die FDP-Fraktion beantragt für den Fall, dass die Einnahmen aus Gewerbesteuer den Haushaltsansatz 2006 überschreiten, die hierdurch zusätzlich zur Verfügung stehenden Mittel für die Tilgung von Schulden zu verwenden.**

**Begründung:**

Im Haushaltsansatz 2005 wurden Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 5,7 Mio € eingeplant. Nach aktuellen Berechnungen wird dieser Ansatz um voraussichtlich mindestens 1,5 Mio € / jetzt 2 Mio überschritten. (Gesamteinnahmen von 8,0 – 8,5 Mio €)

Auch im Haushaltsansatz 2006 wurden nur 6,375 Mio € festgeschrieben, obwohl auch im kommenden Jahr Mehreinnahmen möglich sind.

Aufgrund der angespannten Finanzsituation sollte sich der Gemeinderat schon jetzt für die vorrangige Verwendung der Mittel zum weiteren Abbau der Verschuldung aussprechen.

**Antrag 4 der FDP-Fraktion zum Verwaltungshaushalt 2006****Einzelplan 7: Bedürfnisanstalten, Seite 179, UA 7650****Die FDP-Fraktion beantragt, den Haushaltsansatz für Bedürfnisanstalten zu streichen.****Begründung**

Der Betrieb der Bedürfnisanstalten ist zu privatisieren bzw. kostendeckend zu betreiben.

Der gleich lautende Änderungsantrag wurde bei den Beratungen zum Haushalt 2005 vom Gemeinderat mehrheitlich abgelehnt.

Gleichwohl wird nach neuerer Entwicklung im Rahmen der Neugestaltung des Eugen-Bolz-Platzes ein privater Betrieb der dort vorgesehenen Bedürfnisanstalt in Betracht gezogen. Die FDP-Fraktion vertritt die Auffassung, dass in diesem Zusammenhang die Überführung aller öffentlichen Bedürfnisanstalten hin zu Privaten Betreibern umgesetzt werden muss.

Schon heute ist absehbar, dass eine Neuorganisation des Betriebes bestehender Bedürfnisanstalten erfolgen werden wird. Darüber hinaus stellen schon jetzt Gastwirte ihre Toiletten unentgeltlich zur Verfügung, weil es in vielen Bereichen keine öffentlichen Toiletten gibt.

Mit den Gaststätten zusammen ist umgehend eine Lösung zu entwickeln.

Dies haben auch andere Städte geschafft.

Ziel ist es, weitgehende Kostendeckung zu erzielen.